

GERHARD DILGER

STICHWAHL IN BRASILIEN: SCHAFFT ES DILMA DOCH NOCH?

Wieder einmal steht Brasilien vor einer Richtungsentscheidung. Bei der Stichwahl um das Präsidentenamt am 26. Oktober kommt es erneut zu einem Duell zwischen den Kandidaten der Arbeiterpartei (PT) und der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB). Doch während die PT die letzten drei Wahlen deutlich für sich entscheiden konnte, ist diesmal der Ausgang völlig offen. Die linke Amtsinhaberin Dilma Rousseff, deren Wiederwahl bis Mitte August gesichert schien, liefert sich nun ein erbittertes Kopf-an-Kopf-Rennen mit Aécio Neves, dem rechtsliberalen Senator und früheren Gouverneur des Bundesstaates Minas Gerais. Die Ökologin Marina Silva von der kleinen Sozialistischen Partei Brasiliens (PSB), der es nicht gelang, die Konturen ihrer «neuen Politik» überzeugend herauszuarbeiten, war im ersten Wahlgang am 5. Oktober mit großem Abstand hinter Rousseff und Neves auf dem dritten Platz gelandet. Nun unterstützt sie den Oppositionskandidaten.

Warum könnte – trotz aller oft gefeierten Erfolge bei der Armutsbekämpfung – die PT-geführte Koalitionsregierung abgewählt werden? Unvergessen ist der umjubelte Amtsantritt von Luiz Inácio Lula da Silva am 1. Januar 2003: 200.000 begeisterte AnhängerInnen feierten damals den strahlenden Ex-Gewerkschafter, als er im offenen Rolls-Royce durch die weitläufigen Straßen Brasílias fuhr. Ein Fan warf sich ihm auf dem Weg zur Vereidigung gar um den Hals. Gut gelaunt bildeten die Stargäste Fidel Castro und Hugo Chávez mit Daumen und Zeigefinger das Lula-L. «Wandel» war das erste Wort und zugleich das Motto von Lulas Antrittsrede: «Wandel ist das Schlüsselwort, das war die große Botschaft der brasilianischen Gesellschaft bei den Wahlen im Oktober. Endlich hat die Hoffnung die Angst besiegt», rief der frisch gekürte Staatschef. Wenn zum Ende seiner Amtszeit alle BrasilianerInnen die Möglichkeit hätten, täglich dreimal zu essen, habe er die Mission seines Lebens erfüllt.

SOZIALE FORTSCHRITTE

Achteinhalb Jahre später hob seine Nachfolgerin Rousseff das Programm «Brasilien ohne Elend» aus der Taufe. Die Ergebnisse dieser fortschrittlichen Sozialpolitik können sich sehen lassen: Erst im September hat die Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO der südamerikanischen Regionalmacht bescheinigt, den «strukturellen Hunger» überwunden zu haben. Nur noch 1,7 Prozent der Bevölkerung seien von «Ernährungsunsicherheit» betroffen, weniger als in Europa. 2002 hatte dieser Anteil noch 9 Prozent betragen.

Es sind Sozialprogramme wie der hoch gelobte und vielfach nachgeahmte Haushaltszuschuss Bolsa Família, die das Elend lindern – heute bekommen 13,9 Millionen Familien ei-

nen Zuschuss von durchschnittlich 56 Euro im Monat. Sozialer Wohnungsbau, Berufsschulen, das Programm «Wasser für alle», das die Installierung von 670.000 Plastikzisternen im ganzen Land einschließt – die Liste der sozialen Wohltaten ist lang. Sie haben das Leben von Millionen spürbar verbessert und sichern der PT gerade im ärmeren Nordosten satte Mehrheiten. Noch größere Auswirkungen auf die Sozialstruktur hatten die regelmäßigen realen Erhöhungen des Mindestlohns, der jetzt bei 237 Euro liegt. Über 40 Millionen BrasilianerInnen sind in den letzten zwölf Jahren in die sogenannte C-Klasse (in einer Skala von E bis A) aufgestiegen. Marcelo Neri, der Minister für Strategische Angelegenheiten, bezeichnet sie – ähnlich wie der mediale Mainstream – gar als «neue Mittelschicht». Demgegenüber sehen andere SozialwissenschaftlerInnen in ihnen zu Recht eher eine «neue Arbeiterklasse».

Mit ihrer neu erworbenen Kaufkraft und dem Zugang zu preiswerten Krediten treten diese BrasilianerInnen in einem nie gekannten Ausmaß als Konsumenten von Haushaltsgeräten, Fernsehern, Smartphones oder Autos auf. Somit trugen sie maßgeblich zu einer Stärkung des Binnenmarkts bei und sorgten dafür, dass Brasilien die Weltfinanzkrise glimpflich überstehen konnte. Die Arbeitslosigkeit verzeichnet ein Rekordtief, auch wenn die meisten neuen Jobs im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors angesiedelt sind. Bis zum Ende der zweiten Amtszeit Lulas wurde diese Variante sozialdemokratischer Politik, die durch hohe Rohstoffpreise und überdurchschnittliche Wachstumsraten erleichtert wurde, auch von den tonangebenden Medien der westlichen Welt wohlwollend begleitet, profitierten doch Großunternehmen, Banken oder Inhaber von Schuldtiteln noch mehr von

Lulas orthodoxer Finanzpolitik als die Armen. Umverteilung durch Steuerpolitik stand nie ernsthaft zur Debatte. Nichts sei einfacher und billiger, als für die Armen zu sorgen, sagte der Präsident einmal. «Brasilien hebt ab», titelte das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* noch im November 2009. Als Lula 2011 aus seinem Amt schied, lag seine Beliebtheitsrate bei 80 Prozent.

WACHSTUM UM JEDEN PREIS

Auf «Lula Superstar» folgte die höchstpersönlich von ihm gekürte Nachfolgerin Rousseff. Die technokratische Ökonomin setzte im Großen und Ganzen Lulas Kurs fort, stärkte die neoklassischen Elemente in der Wirtschaftspolitik noch und entließ 2011 gleich sieben in Korruptionsaffären verwickelte Minister. Doch zu den sozialen Bewegungen, einem wichtigen Teil der PT-Wählerbasis, blieb ihr Verhältnis kühl. Wo Lula trotz aller demonstrativer Nähe zu Banken und Unternehmern noch den direkten Draht zur kritischen «Zivilgesellschaft» hielt, empfing Rousseff erst nach den Massenprotesten im Juni 2013 VertreterInnen sozialer Bewegungen.

Zudem ist die Landreform vollends zum Erliegen gekommen. Agrarunternehmer mit ihren Soja- oder Eukalyptusplantagen rücken ebenso wie Bergbaukonzerne immer aggressiver auf Gebiete vor, die laut Verfassung indigenen Völkern zustehen oder von anderen «traditionellen Gemeinschaften» bewohnt werden. Die Ausweisung von Indianerland hingegen stockt, und Megaprojekte wie der Amazonasstaudamm Belo Monte werden ohne Rücksicht auf die Bevölkerung vor Ort oder auf die Umwelt durchgesetzt. Das Tempo der Regenwaldvernichtung nahm 2013 und 2014 wieder zu, in der internationalen Klimadebatte ist Brasilien weggetaucht. Schließlich hat sich die neokoloniale Arbeitsteilung, nach der Lateinamerika vorwiegend als Ressourcenlieferant fungiert, in den letzten Jahren sogar noch zugespitzt: Von Januar bis August 2014 machten unverarbeitete Rohstoffe wie Soja oder Eisenerz 50,4 Prozent der brasilianischen Exporterlöse aus – der höchste Wert seit 1978. «Wachstum um jeden Preis» lautete das Motto – doch viele Infrastrukturprojekte verzögerten sich um Jahre, und nun droht eine Rezession.

Anders als etwa in Argentinien oder den Andenländern wird die Debatte um die Sackgasse eines derartigen «Neo-Extraktivismus», bei der sich die progressiv geführten Staaten größere Anteile an der Ausbeutung natürlicher Ressourcen sichern, um damit ihre Sozialprogramme – und vieles mehr – zu finanzieren, in Brasilien nicht einmal innerhalb der Linken geführt. Der Linkskatholik Frei Betto, zum Beginn der Lula-Ära selbst Regierungsmitglied, bedauerte jüngst, die linken Regierungen bemühten sich darum, aus Lateinamerika «eine Oase der Stabilität des Krisenkapitalismus zu machen». Immer noch werde Lebensqualität mit dem «Wirtschaftswachstum in der Logik des Kapitals» gleichgesetzt, unter *Buen Vivir*, dem guten Leben, verstehe die große Mehrheit der Bevölkerung nur ein «materiell besseres Leben».

UNBEHAGEN AM SYSTEM

Dass Konsum allein nicht glücklich macht, zeigte sich im Juni 2013, als urplötzlich Millionen junge Leute auf die Straße zogen, um für einen guten öffentlichen Nahverkehr, für eine bessere Bildungs- und Gesundheitsversorgung oder für mehr Sicherheit zu demonstrieren. In diesem «brasilianischen Frühling» machte sich eine tief sitzende Unzufriedenheit mit dem politischen System Luft, besonders mit der allgemein als korrupt wahrgenommenen Politikerkaste. Die

Milliardenausgaben für die übersteuerten Luxusarenen der Fußball-WM 2014 wirkten dabei als Katalysator. Wie Studien nahelegen, ging damals ein ziemlich repräsentativer Querschnitt der jungen BrasilianerInnen auf die Straße, Linke und Rechte, vor allem aber eine deutliche Mehrheit, die sich zumindest zahlenmäßig in der Mitte der Gesellschaft verorten lässt: eben die C-Klasse, das «neue Proletariat», dessen Angehörige nicht nur mehr konsumieren können als früher, sondern auch besser ausgebildet sind und nun ihre umfassenden Bürgerrechte für sich und ihre Kinder einklagen.

So sind etwa die Bedingungen an den öffentlichen Schulen nach wie vor miserabel: riesige Klassen, schlecht ausgebildete und bezahlte Lehrer, viel Gewalt. Im internationalen Vergleich landen die brasilianischen SchülerInnen regelmäßig weit hinten. Auch die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen oberer Mittelschicht und der «neuen Arbeiterklasse», bleibt tief, von gleichen Lebenschancen also keine Spur. Von Kriminalität und Polizeigewalt sind die ärmeren Menschen ungleich mehr betroffen als das reichste Fünftel der Gesellschaft – 16 der 50 gefährlichsten Städte der Welt liegen in Brasilien. Das Leben in den Ballungsgebieten ist anstrengend. Seit der Jahrtausendwende hat sich die Anzahl der zugelassenen Autos verdoppelt. Für Millionen heißt der Alltag, jeden Tag stundenlang in meist überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln im Stau zu stecken. Erst 2009 begann die Bundesregierung, massiv in den Wohnungsbau und die städtische Infrastruktur zu investieren, doch die großen Gewinner sind die Spekulanten: Zwischen 2009 und 2012 stiegen die Wohnungspreise in São Paulo um 153, in Rio de Janeiro gar um 184 Prozent.

POLITISCHE REFORM? FEHLANZEIGE

Die Reform des parlamentarischen Systems mit einer Stärkung partizipativer Mechanismen und zur Eindämmung von Kapitalinteressen, eigentlich ein altes PT-Anliegen, blieb ein Versprechen. Rousseffs konservative Koalitionspartner ließen nach den Juni-Protesten den überstürzten Vorstoß der Präsidentin hierzu ins Leere laufen. Warum auch sollten jene PolitikerInnen, die ihre Privilegien ganz überwiegend dem Klientelismus verdanken oder sich mit ihm bestens arrangiert haben, den Weg etwa für eine Verfassungsgebende Versammlung freimachen, durch die sie entmachtet würden?

Der Arbeiterpartei und anderen progressiven Kräften jedenfalls fehlt jetzt dazu die Legitimität, mit der Lula 2003 angetreten war. Der Präsident entschied sich damals, gegen innerparteilichen Druck von links, für eine sehr behutsame Übergangsphase mit konservativer Fiskalpolitik und breiten parlamentarischen Allianzen – wohl auch aus der Überzeugung heraus, dass die in weiten Teilen immer noch ungebrochene Macht der Rechten, aber auch die generell verhaltene gesellschaftliche Stimmung in Brasilien radikalere Ansätze zum Scheitern verurteilt hätten, anders als etwa zuvor in Venezuela und ab 2006 in Bolivien oder Ecuador. 2004 gründeten linke PT-Dissidenten die Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL), der es jedoch nie gelang, eine landesweite Massenbasis aufzubauen. Im ersten Wahlgang 2014 landete die PSOL-Kandidatin Luciana Genro mit 1,6 Prozent auf Platz vier. Im September 2014 organisierten PT-nahe soziale Bewegungen zwar eine Abstimmung, bei der sich 97 Prozent der 7,8 Millionen TeilnehmerInnen für die Einberufung eines Verfassungskonvents und für eine politische Reform aussprachen. Doch wegen des demonstrativen Desinteresses der großen konservativen Medien, die sich lieber auf den

Wahlkampf konzentrierten, blieb die Wirkung auf die öffentliche Meinung gleich null.

Auffällig ist auch, dass in Umfragen Dilma Rousseff unter den 16- bis 34-Jährigen besonders schlecht abschneidet – bei jenen also, die die PT fast nur noch als Teil eines satten Establishments wahrgenommen haben, nicht aber als jene linke Kraft, die 23 Jahre nach ihrer Gründung schließlich 2003 mit dem Versprechen des sozialen, aber auch eines ethischen Wandels angetreten war. Lula, mit 68 Jahren immer noch der strategische Kopf der PT, scheut sich heute weniger denn je, machtpolitische Allianzen mit notorisch korrupten Regionalfürsten einzufädeln. Diese Schacherei um Einfluss und Posten wirkt auf das Wahlvolk abstoßend. Noch nie war die Zahl der Nicht- und NullwählerInnen so groß wie heute: Im ersten Wahlgang blieb trotz Wahlpflicht ein Fünftel der Wahlberechtigten gleich zu Hause, neun Prozent entschieden sich für eine Null- beziehungsweise «weiße Stimme» – in der offiziellen Wahlstatistik werden diese Stimmen als ungültig bezeichnet. Selbst Tage vor der Stichwahl sind viele noch immer unentschieden – auch weil Brasilien gerade den unappetitlichsten Wahlkampf seit 1989 erlebt. Damals unterlag Lula nach unzähligen Attacken unter der Gürtellinie und der Parteinahme von TV Globo im Endspurt Fernando Collor de Mello, der drei Jahre später wegen Korruption abgesetzt wurde. Ironie der Geschichte: Nun wird Rousseff vom soeben wiedergewählten Senator Collor unterstützt.

MARINA SILVA WIRD DEKONSTRUIERT

Auslöserin unfairer Angriffe war ausgerechnet die frühere PT-Politikerin Marina Silva, die unter Lula fünfeinhalb Jahre als Umweltministerin amtiert hatte. Nachdem der PSB-Kandidat Eduardo Campos am 13. August bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war, rückte seine Stellvertreterin Silva nach, die 2010 als Kandidatin der Grünen auf 19,3 Prozent der Stimmen gekommen war. Ende August lag sie in Umfragen deutlich vor Neves und in einem Stichwahlszenario sogar bis zu zehn Punkte vor Rousseff. «Die Rechte will, dass Marina ihr Rettungsanker wird», meint der der Arbeiterpartei nahestehende Soziologe Emir Sader. Ihr langjähriger Weggenosse Leonardo Boff warf ihr vor, die Seiten gewechselt zu haben. Die Armen habe Silva aus den Augen verloren, wettete der Befreiungstheologe, stattdessen engagiere sie sich «auf der Baustelle der Unterdrückten, der Reichen, der Banken, des Finanz- und Spekulationskapitals».

In der Tat hatte sich die Kandidatin eines «Dritten Wegs» mit neoliberalen Ökonomen umgeben, plädierte für eine autonome Zentralbank und einen schlanken, effizienten Staat, prangerte die Korruption an und warf Rousseff vor, sie verschrecke mit ihrer interventionistischen Wirtschaftspolitik ausländische Investoren. Zudem ist die Evangelikale gegen die Homo-Ehe, gegen eine gesetzliche Erleichterung von Schwangerschaftsabbrüchen und gegen eine liberalere Drogenpolitik wie im Nachbarland Uruguay. Sie steht damit im Einklang mit dem wertkonservativen Mainstream. Ihren womöglich größten Trumpf, die Umweltpolitik, spielte sie gar nicht aus. Ihre Vertrauten schlugen dagegen Brücken zum mächtigen Agrobusiness. Trotz einer beeindruckenden Vita – Silva stammt aus einer armen Gummizapferfamilie und wurde Umweltikone mit Weltruhm – und ihrem Nimbus als «ethische» Politikerin gelang es der PT und ihren Wahlkampfstrategen, Silvas Widersprüche auszunutzen und die Favoritin innerhalb weniger Wochen zu «dekonstruieren». In den letzten Debatten schien sie dem Druck nicht mehr ge-

wachsen. Aécio Neves, der Spross einer großbürgerlichen Politiker- und Unternehmerfamilie aus dem bevölkerungsreichen Bundesstaat Minas Gerais, hielt sich unterdessen im Windschatten der beiden Favoritinnen auf und kam hinter der Ex-Guerillera Rousseff (41,6 Prozent) auf überraschende 33,6 Prozent der «gültigen» Stimmen. Silva landete abge schlagen mit 21,3 Prozent auf Platz drei und sagte Neves ihre Unterstützung zu – anders als 2010, als sie in der Stichwahl neutral geblieben war.

SCHLAMMSCHLACHT AUF DER ZIELGERADE

Besonders unangenehm wurde der Präsidentschaftswahlkampf kurz vor der Stichwahl. Die von einem Millionenpublikum verfolgten Fernsehdebatten wurden ganz im Sinne der beiden Marketingteams organisiert: ausschließlich direkter Schlagabtausch zwischen den KontrahentInnen in vier Phasen bei jeweils freier Themenwahl durch den Fragenden. Die gastgebenden JournalistInnen wurden zu Stichwortgebern degradiert. So blieb eine lange Liste von Themen, die für beide KandidatInnen unbequem sein könnten, ausgespart: soziale Ungleichheit, Ökologie, Rassismus, Homophobie, Homo-Ehe, Schwangerschaftsabbruch, Stadtentwicklung, Indigenenrechte, Sport- oder Kulturpolitik, politische Allianzen. Stattdessen gab es jede Menge persönlicher Attacken, die durch die jeweiligen Stoßtrupps in den sozialen Netzwerken aufgebläht wurden.

Der jüngste Korruptionsskandal, der den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras betrifft und bei dem offenbar vor allem Politiker der Regierungsparteien kräftig die Hand aufgehoben haben sollen, ist juristisch noch nicht geklärt. Im Zusammenspiel mit den Medien, denen offenbar wohl dosiert Enthüllungen zugespielt werden, gelingt es der Opposition jedoch, Kapital aus der Petrobras-Affäre zu schlagen. Inwieweit sich das Wahlvolk dadurch beeindruckt lässt, ist unklar. Dass die PolitikerInnen der rechten Parteien weniger korrupt seien als die der PT, glaubt kaum jemand, im Gegenteil. Die Ergebnisse des 5. Oktober zeigen ein klares regionales Gefälle, das mit unterschiedlichen sozialen Strukturen zusammenhängt.

Im wohlhabenden Südosten und Süden, vor allem im Bundesstaat São Paulo mit einer zunehmend reaktionären, rassistischen Mittelschicht, liegt der rechte Kronprinz Neves klar vorn. Der Hass auf die PT nimmt dort bisweilen pathologische Züge an. «Es ist der Hass jener alten Mittelschicht, die den sozialen Aufstieg der ehemals Rechtlosen einfach nicht erträgt», erklärt Ex-Präsident Lula. Amazonien und der Nordosten, wo die Anzahl derjenigen, die von staatlichen Sozialprogrammen profitieren, besonders hoch ist, ist «Dilma-Land». In einer für ihn typischen Aussage erklärte Fernando Henrique Cardoso (PSDB, Präsident von 1994 bis 2002) die Stärke der PT in diesen Kreisen mit der «Ahnungslosigkeit der Armen». Eine Schlüsselrolle kommt nun dem oft wertkonservativen «neuen Proletariat» zu, das Lula 2006 noch meisterhaft an sich zu binden wusste.

RECHTSRUCK IM PARLAMENT

Selbst wenn Dilma Rousseff gewinnen sollte, müsste sie sich ihre Mehrheiten im konservativsten Parlament seit 1964 suchen. Landesweit bringt es die pragmatisch gewendete Arbeiterpartei nicht einmal mehr auf ein Sechstel der Stimmen – die PT-Fraktion im Repräsentantenhaus schrumpfte von 88 auf 70 Abgeordnete. Insgesamt gibt es 513 ParlamentarierInnen aus mittlerweile 28 Parteien. Dem oft

diagnostizierten Wunsch nach Wandel kam das Wahlvolk durchaus nach: 47 Prozent der Abgeordneten sind neu im Parlament. Die wenigsten Parteien weisen ein erkennbares programmatisches Profil auf. Fraktionsdisziplin gibt es kaum, Parteienwechsel sind dagegen an der Tagesordnung. Parteiübergreifende Interessengruppen wie VertreterInnen des Agrobusiness (nach eigenen, sicher übertriebenen Angaben machen sie im kommenden Abgeordnetenhaus mehr als die Hälfte aller Abgeordneten aus), des Unternehmerlagers, der «Sicherheit», der Fußballlobby oder der Evangelikalen spielen hingegen eine große Rolle.

Im derzeitigen System muss sich die Exekutive auf ein Geschacher um Posten und Sondermittel für die Heimatgebiete der Abgeordneten einlassen, will sie sich parlamentarische Mehrheiten sichern. So kam es 2005 auch zum oben erwähnten *mensalão*. Die üppige, unbegrenzte private Wahlkampffinanzierung sorgt dafür, dass es besonders viele kapitalfreundliche ParlamentarierInnen gibt. Die Spielräume für eine fortschrittliche Politik sind geringer denn je. Zu weiteren Verzerrungen wird es kommen, da im Oberhaus, dem Senat, jedem der 27 Bundesstaaten unabhängig von seiner Größe drei VolksvertreterInnen zustehen. Hier bringt es die PT nur noch auf 12 statt zuvor 14 Senatoren, die größte Fraktion stellt erneut die «Zentrumspartei» PMDB (Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung). Diese programmatisch völlig amorphe Partei zieht breit aufgestellt in den Wahlkampf und findet sich stets in der Regierungskoalition wieder. Der Vorsitzende der PMDB Michel Temer ist Rousseffs Vize. Bei den Regionalwahlen konnte die PT dagegen ihren bisherigen Stimmenanteil in etwa behaupten: In Minas Gerais, in Bahia und in Piauí wird sie künftig den Gouverneursposten besetzen, Chancen in der Stichwahl gibt es in vier weiteren Bundesstaaten.

DROHENDE WENDE IN DER AUSSENPOLITIK

Besonders viel dürfte sich nach einem Sieg von Aécio Neves in der Außenpolitik ändern. Unter Lula da Silva und Dilma Rousseff hat Brasília im letzten Jahrzehnt die politische Emanzipation Lateinamerikas von den USA angeführt. Zusammen mit Argentinien und Venezuela verhinderte es die von Washington angestrebte Freihandelszone von Alaska bis Feuerland und setzte stattdessen auf ein Zusammenrücken Lateinamerikas, etwa durch die Gründung neuer Staatengemeinschaften wie UNASUR (Südamerika) und CELAC (Lateinamerika und Karibik). Bei der Entschärfung innenpolitischer Krisen in Venezuela und Bolivien spielte die brasilianische Diplomatie eine wichtige Rolle. Weniger erfolgreich war sie in Honduras und Paraguay, wo 2009 beziehungsweise 2012 progressive Präsidenten weggeputscht wurden.

Im Bestreben, eine multipolare Weltordnung mitzugestalten, wurden die Beziehungen nach Afrika und zur arabischen Welt ausgebaut. Zusammen mit Russland, China, Indien und Südafrika bildet Brasilien den regionalen Machtblock BRICS, der im August in Fortaleza beschlossene Aufbau einer BRICS-Bank soll die Abhängigkeit von IWF und Weltbank verringern helfen. Im Gegensatz zu den Nato-Staaten setzt sich Brasilien in der Weltpolitik für zivile Konfliktlösungsmechanismen ein. In seiner Süd-Süd-Politik kann Brasilien weitgehend unbelastet von kolonialer Vergangenheit agieren, der diplomatische Austausch zwischen afrikanischen Ländern und Brasilien ist so rege wie nie zuvor. Freilich stehen auch hier wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund – der Bergbaugigant Vale oder brasilianische Ethanol- und Sojafirmen gehen bei der Aus-

beutung mineralischer oder agrarischer Ressourcen kaum zimperlicher vor als ihre Konkurrenten. An Megaprojekten verdienen Baumultis wie Odebrecht kräftig mit.

Aus der Überzeugung heraus, dass der Ressourcenreichtum des Subkontinents in Zukunft militärisch geschützt werden muss, war auf Betreiben Lulas 2008 innerhalb von UNASUR der Südamerikanische Verteidigungsrat gegründet worden. Linke Kritiker aus den Nachbarländern sehen in Teilen von Brasílias Regionalpolitik subimperiale Züge, doch schwerer wiegen die Befürchtungen, der wirtschaftsliberale Neves werde sich, sollte er Präsident werden, ähnlich wie früher Fernando Henrique Cardoso stärker wieder den USA und Europa sowie den überwiegend neoliberal regierten Staaten der Pazifik-Allianz (Chile, Peru, Kolumbien, Mexiko) zuwenden. Eine Wende in Brasilien würde tatsächlich den gesamten «Linksruck», der den Subkontinent in den letzten 15 Jahren geprägt hat, in Gefahr bringen.

DIE LINKE BASIS SCHLIESST DIE REIHEN

Vor der Stichwahl gegen die Rechte gelang es der PT seit 2006 stets, durch Polarisierung viele ihrer enttäuschten WählerInnen inner- und außerhalb der sozialen Bewegungen zu mobilisieren. Die reale Möglichkeit eines politischen Rollbacks setzt zusätzliche Energien frei, jüngste Umfragen zeigen einen leichten Trend zugunsten der Amtsinhaberin. Es häufen sich Solidaritätsbekundungen von Kleinbauernbewegungen, Frauen- und LGBT-Gruppen, von Kulturschaffenden, AfrobrasilianerInnen und Gewerkschaften. So heißt es etwa in einem Manifest von Organisationen, die sich für den Biolandbau stark machen: «Wir kritisieren das vorherrschende Entwicklungsmodell, das Monokulturen befördert, Waldzerstörung verursacht, den Einsatz von Agrogiften und genmanipulierten Organismen intensiviert, die Agrarreform und die Anerkennung der Landrechte von indigenen und anderen traditionellen Gemeinschaften verlangsamt.» Allerdings setze man sich «aus historischer Verantwortung» gegen das rückwärtsgewandte Projekt der PSDB und für die Wiederwahl der Präsidentin ein. Ob sich eine «neue Regierung» Rousseff allerdings, wie im Endspurt des Wahlkampfes in Aussicht gestellt, tatsächlich durch «neue Ideen» oder gar Taten auszeichnen würde, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Gerhard Dilger leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo.

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter: <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Oktober 2014
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling